

Die Halle monatlich bei postamtlicher Zustellung 7.50 Mark, vierteljährlich 22.50 Mk., durch die Post 25.50 Mk., auswärts halbjährlich 40.00 Mk., bezugslos werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im amtlichen Zeitungsverzeichnis unter Geschäfts-Zustellung eingetragen. Für ausserhalb des Reichsgebietes Zustellung wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe, Quelle: Zeitung "Halle, Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Postamtliche Nr. 1140 u. 7011, der Bezugs-Nr. 1133.

Zaale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Die 8 Spalten 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Sonntagspreis 40 Pf., Restraum bis 92 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigenstellen. Erfüllungsort: Halle. Erste Auflage 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Verwaltung: Halle, Neue Promenade 14, Off. Drahtausb. 17, Halbesche Straße 22 und Markt 24. Postfach-Konto Leipzig Nr. 4604.

Nr. 406.

Halle, Dienstag, den 31. August 1920.

Einzelpreis 30 Pfg.

Die Kommunisten.

Am 20. August veranstalteten die Berliner Kommunisten im Zirkus Busch eine Versammlung, in der ein Dr. Paul Levy über den Moskauer Kongress berichtete. Rund 9000 Personen waren erschienen, aber nicht alle Kommunisten, sondern auch Angehörige anderer sozialistischer und kommunistischer Parteien. Der Bericht des Dr. Levy anhielt, was sich darüber wundert, wozu die sprachwärtige Nüchternheit der Berliner Arbeiter gekommen ist. Levy, der sich zu den Vertrauensleuten und Schwerträgern der 3. Internationale rechnete, sprach ein unumgängliches Deutsch, in dem aberne revolutionäre Redensarten, Kraftmeiereien und aufgelegter wirtschaftlicher Unfinn Furchtbarkeiten schlugen. So gering auch die Mitgliederzahl der Kommunistischen Partei ist, so will Levy dennoch mit ihr die Revolution siegreich vollenden. Er hofft allerdings auf Zugang von den Unabhängigen. Und in dieser Erwartung dürfte er sich nicht täuschen. Die Unabhängigen sind für eine Spaltung reif. Der linke Flügel wird dabei geradeaus nach Moskau marschieren, um so das Ereignis zu vollziehen, das Levy als das wichtigste der kommenden Revolution bezeichnete. Nun wird der linke Flügel der Unabhängigen zahlenmäßig nicht stärker als zwei Millionen sein. Wenn der Inaktive Kern der Kommunisten zu ihnen stößt, so sind es hoch gerechnet 2 1/2 Millionen. Diese Massen, die in Deutschland doch nur eine verschwindende Minderheit bilden, wollen einem 60-Millionen-Volk die Räteherrschaft aufzwingen. Weil das in Russland ging, glauben unter Kadukatskis, diesen Versuch mit Aussicht auf Erfolg wiederholen zu können. Sie treiben die Massen vorwärts, ohne Rücksicht darauf, daß sie diesen Massen den sicheren Untergang bereiten. Die Anrufung von Rätepublikum würde sich nur auf besonders kommunistisch gefärbte Gebiete beschränken. Zunächst würde die Zufuhr von Lebensmitteln mit einem Schlag unterbrochen werden. In Russland konnten die Volkswirtschaften auf Lieferung der Bauern rechnen oder diese erzwingen. Das ließe sich in Deutschland nicht wiederholen, denn die landwirtschaftlichen Ueberflussgebiete bilden geschlossene und große Einheiten, die keiner Rätepublikum einen Zentner Korn liefern. Weiter kämen alle industriellen Werte zum Erliegen, denn Rohstoffe liegen sich aus dem Ausland nicht heranführen. Wohl gibt es Kommunisten, die auf diese Rückstände rechnen. Aber die russische Rätepublik hat noch weniger Vorräte, als die deutschen Kommunisten. Die Brandbombe der kommunistischen Rätepublikum würden alsbald zur Schmelze ausbrennen. Durch Redensarten lassen sich wirtschaftliche Werte nicht herstellen. Die Erbitterung der Massen wird sich dann gegen die Führer richten, die indessen nach bewährter Methode vorher verschwinden werden. Eine Rätepublikum in Deutschland die sich auf einige Gebiete beschränken müßte, ist also nichts anderes als eine organisierte Verelendung der Massen. Selbst rätselhafte Gewaltverbrechen der Kommunisten könnte an dem Schicksal ihres völligen Untergangs nichts ändern. Wo sie die Macht an sich gerissen haben, müßten sie im Sinne der Moskauer Beschlüsse die politischen Gegner vernichten. Das wird nicht ohne schwere Kämpfe abgehen. Aber selbst nach einem Siege änderte sich nichts an der verzweifeltsten Lage der Kommunisten. Ohne Rohstoffe und Lebensmittel ist eine Rätepublikum nicht zu halten. Gerade in den Industriegebieten sind Vorräte nicht angehäuft, so daß der Zusammenbruch nicht lange auf sich warten lassen kann. Die Führer tragen erfahrungsgemäß ihre Haut nicht zu Markte. Soweit die Massen in verhängnisvoller Verblendung der kommunistischen Fraue folgen, werden sie die Rede zahlen müssen. Ganz Deutschland läßt sich nicht sowjetisieren. Die Ueberrumpelung, die den Volkswirtschaften im Oktober 1917 in Petersburg glückte, ist aus den besonderen Verhältnissen Russlands zu erklären. Russland kann sich zur Not bürftig selbst versorgen, aber Deutschland braucht die feindselige Organisation des Außenhandels. Es braucht auch den Auslandskredit, den es als Rätepublikum niemals erhalten würde.

Die Lage in Obereschlesien.

Berlin, 31. August. Nach einer Meldung der "Frankf. Ztg." erfahren die "P. P. R.": Von der interkommunistischen Kommission wird mitgeteilt, daß von einer Ausschreibung des Oberen Reichs zu Paris, daß die Kommissoren Beschlüsse für eine Besetzung der Administration in Obereschlesien machen solle, nichts bekannt ist. Die deutsche Bevölkerung Obereschlesiens verhält sich gegenüber dem Abkommen mit den Polen zum größten Teil feindselig, sie traut sich nicht. Vorwärts habe in den letzten Tagen Kundgebungen veranstaltet, aus denen hervorgeht, daß er das Abkommen als einen Sieg wald betrachte, daß er aber die Vereinbarungen, die Polen betrafen, als die paritätische Zusammenfassung der Obereschlesien, zu umgehen versuchen werde. Von

einer durchgreifenden Entwaffnung der Polen könne auch heute keine Rede sein.

Berlin, 31. August. Nach einer Meldung der "Frankf. Ztg." arbeiten im gesamten Obereschlesien Industriearbeiter gegen 20 Prozent. Im Hindenburg-Bezirk ist die Zahl der Arbeitswilligen noch größer. Auf den Debitat-Bezirgen sind nur noch 16 Prozent der Arbeit fern geblieben.

Kattowitz, 30. August. Ueber die augenblickliche Situation in Obereschlesien wird von maßgebender Stelle folgendes berichtet: Es ist vorläufig, außer im Kreise Rosenbergs, eine weitere Entspannung der Lage zu verzeichnen. In dem genannten Kreise ist es seit Sonnabend Nacht ausfälliger unruhig geworden. Einzelne kleinere Trupps von Polen sind bewaffnet über die Grenze gekommen. Auch ist im polnischen Arbeitskommissariat in Rosenbergs eine fieberhafte Tätigkeit zu bemerken; die Räume sind die ganze Nacht hell erleuchtet. Es ist hauptsächlich dem energischen Eingreifen des englischen Kreisintendanten zu verdanken, daß es bisher zu größeren Ausschreitungen nicht gekommen ist. Man kann aber auf neue Ereignisse gefaßt sein. Im übrigen ist die Lage ruhig. Die bewaffneten Banden sind überall zurückgezogen, der Verkehr nach unbehindert hatfinden; die Besatzkräfte sind zum größten Teil wieder eingezogen, der Streik als beendet angesehen werden kann.

Die russisch-polnische Frage.

Moskau, 30. Aug. (Durch Funkdruck.) An den polnischen Minister des Auswärtigen ist ein Funkdruck gerichtet worden, in dem es heißt: "Ihr Vorschlag, den Verhandlungsort von Wlask nach Riga zu verlegen, ist heute mit etwas Verspätung hier eingetroffen. Am 31. August darauf, daß am 27. August an Sie den Vorschlag gerichtet, daß die Verhandlungen nach Estland zu verlegen, und daß wir sofort bei der estländischen Regierung die hierzu erforderlichen Schritte getan haben, ist zu befürchten, daß ein von Ihrer Seite gemachter abweichender Vorschlag zu neuen Verzögerungen geführt. Die Komplikationen, welche die polnische Abordnung in Wlask heraufbeschworen hat, wo die von dem Kriegszustande unzerstörlichen Schwierigkeiten in der Vorwand zu allerlei Verzögerungen dienen, und der Umstand selbst, daß Sie in ihrer Depesche noch einmal die Kontakte heraufbeschworen, sind uns die Verzögerung dieses Verzögerungen nicht zu nützen. Die polnische Abordnung, zumal Sie jetzt auf schon erledigte Vorfälle nochmals zurückgreifen."

Gleichzeitig mit Ihrem Telegramm, das uns nach Riga einludt, erhielten wir ein anderes vom Vorkhosen des Minister-Rates, Herrn Witos, der uns bittet, die technischen Schwierigkeiten der Verkehrshinigung zwischen Warschau und Wlask zu beheben, da letztere Stadt von ihm als Ort zu den weiteren Verhandlungen ins Auge gefaßt ist.

Diese Verhältnisse der Angelegenheit, die deutlich das Fehlen einer einheitlichen Entschliessung der polnischen Regierung beweist, ist ein Grund mehr, die Entscheidung zu beschleunigen, welche wir vor zwei Tagen ergeben ließen.

Vom Kriegsausplaus.

Moskau, 30. Aug. (Durch Funkdruck.) Eine Kundgebung der Regierung besagt: Die russische Armee hat in neuen Stellungen die Umgruppierung vollzogen und die Offensive wieder aufgenommen. Sie hat bereits einige Ortschaften in der Nähe von Bialystok in Besitz genommen, erzwungen die polnische Armee in Galizien, haben die russisch-ukrainischen Armeen ebenfalls neue Erfolge gegen die Polen erzielt.

Die polnische Erzählungen über ungewisse Verluste der russischen Armee gehören in das Reich der Fabel. Es leistet den Polen selbst einen schlechten Dienst, wenn sie sich jetzt am Vorabend einer neuer Offensivbewegung russischerseits als Sieger hinstellen.

Wie die Berichte aus polnischer und russischer Quelle über die diplomatische Lage schwer in Uebereinstimmung zu bringen sind, so lassen auch die beiderseitigen militärischen Nachrichten die tiefsten Gegenfälle erkennen. Die polnische militärische Delegation in London veröffentlicht einen Funkdruck, wonach die russische Armee gegenwärtig auf neuer Grundlage umgruppiert und dann die Offensive wieder aufnehmen wird. An verschiedenen Punkten habe sie bereits tiefere Fortschritte, namentlich bei Bialystok und Brest-Litowsk, ebenso in Galizien. Im Süden dauere die Offensive gegen General Wrangel mit Erfolg an. Die Nachricht von der Einnahme von Noworossinsk und Zetateinodar durch Wrangelische Truppen beruhe auf Erfindung. — Sozusagen mediet aus Warschau: Zwischen Brest-Litowsk und Wlask ist seit Freitag eine große Schiacht im Gange. Die Besatzungen haben Verwundungen herangezogen und sind teilweise wieder in der Uebermacht und im Vorteil. Die Russen erneuern unaufrichtig ihre Angriffe, ohne merklich an Boden zu gewinnen.

Dagegen mediet das polnische Communiqué Erfolge in der Nähe von Bialystok, die Fortdauer des polnischen Vormarsches, wobei der Feind verfolgt wird. In Richtung auf Gemburg dauere der Kampf mit wechselndem Erfolge fort. Eine Agentur mediet aus Brest-Litowsk: Die russische Armee wird nach ihrer Umgruppierung zwei Gruppen umfassen, die nördlich mit dem Stab des Generalstabes in Wlask und die südliche mit dem Stab des Generalstabes in Rowno.

Danzigs Wille gebrochen!

Danzig, 30. August. (M.B.) In einer Vertrauensmännerversammlung der Danziger Hafenarbeiter wurde beschlossen, sich den Danziger Eisenbahnern anzuschließen und sämtliche

Auslastungsarbeiten gemäß den Bestimmungen des Friedensvertrages auszuführen. Dienstag vormittag wird über diesen Beschluß der gesamten Hafenarbeiter eine Abstimmung stattfinden.

Polnische Uebergriffe.

Marienburg, 30. August. Am Sonntag wurde die beiden deutschen Ueberleitungs-Kommissare in Schwab und Thorn, die Dignate des Reichs- und Staatskommissars sind, verhaftet. Die Verhaftung des Schwab Ueberleitungs-Kommissars geschah angeblich unter Spionageverdacht. Der Kommissar wurde nach der Starostei gebracht, wo er seinen ebenfalls verhafteten Sekretär vorfand. Dieser wurde am Nachmittag wieder freigelassen. Der Ueberleitungs-Kommissar blieb bis zum nächsten Tage in Untersuchung und durfte Schwab nicht verlassen. Erst auf Intervention des Starosten wurde er am folgenden Tage wieder freigegeben, doch mußte er Schwab alsbald verlassen.

Der deutsche Ueberleitungs-Kommissar aus Thorn wurde am 19. 8. bei einer Fahrt in Marienburg in Kloggenhausen aus dem Zuge heraus verhaftet und nach Braunsberg, anschließend nach der Starostei gebracht, wo er auf Verlangen vorgeführt wurde, den geschändeten Ueberleitungs-Kommissar jedoch sofort erneut von Bürgerwehrlenten verhaftet. Der Kommissar wurde in eine Kaserne gebracht, wo er die Nacht in einer Arrestzelle eingesperrt verbringen mußte. Erst am nächsten Morgen wurde er einem Offizier des Generalkommandos vorgeführt, der ihn sofort frei ließ.

Verhandlungen in Stuttgart?

Stuttgart, 30. August. Die Streikfrage hat sich im Laufe des heutigen Tages nicht geändert. Eine Betriebsvermittlung der Arbeitervereine Groß-Stuttgarts hat angetan, daß der Kampf nicht um den Steuerabzug gehe, und daß die Arbeiterseite den Steuerabzug anerkenne. Die Regierung antwortete, daß sie auf dieser Grundlage zu Verhandlungen bereit sei, die morgen vormittag mit einer Kommission des Streikausschusses stattfinden sollen. Die Stuttgarter bürgerlichen Mittagblätter werden heute abend ausgegeben.

Stuttgart, 30. August. In der Antwort der Regierung an den Arbeitervereine in Stuttgart heißt es noch: "Das Streikrecht wird nicht aufgegeben werden. Unter Anwendung der beteiligten Parteien wird die Regierung bei der Wiederherstellung der Einlassungen über der streikenden Arbeiter mitwirken. An der Wiederrückführung der Forderung des Lohnes für die Streikende muß die Regierung festhalten. Die Ruhe wurde bisher nicht getrübt."

Generalfreik wegen des Steuerabzuges in Hanau.

Das Gewerkschaftsblatt in Hanau hatte erklärt, daß in dem Eingreifen der Sicherheitswehr und der Technischen Dienste in den Kampf der städtischen Arbeiter um den schimpflichsten Steuerabzug eine Kampfanlage an die gesamte Arbeiterschaft zu erblicken sei und zum Generalfreik aufgerufen. Dieser Aufforderung zum Generalfreik hat die Arbeiterschaft verschiedentlich Beifall geleistet. Von einer allgemeinen Arbeitseinstellung kann jedoch nicht gesprochen werden. Die elektrische Straßenbahn hat den Betrieb wieder eingestellt, da das Personal sich dem Ausstand angeschlossen hat.

Reichswehrminister Dr. Gessler über die Demokratie.

Demokratischer Bodenbesatz

Friedrichshafen, 30. August. In Friedrichshafen fand auf Einladung der Demokratischen Partei Oberhochschule zum ersten Male eine allgemeine Tagung der Demokraten der deutschen Bodenbesatzung statt. Die Teilnahme aus dem württembergischen Lande selbst ist ein wenig unter der Umpunkt der durch den Generalfreik geschaffenen Lage. Dafür war der Besuch aus Baden und Bayern um lo reger; von Bayern waren mit dem Abgeordneten und den Vertretern zahlreicher Organisationen aus der verschiedenen Landesgebieten Handelsminister Dr. Hamm und Reichswehrminister Dr. Gessler gekommen.

Die Vortragsabhandlung galt der Beratung organisatorischer Fragen. Dabei wurde einstimmig die Schaltung einer Arbeitsgemeinschaft der drei demokratischen Landtagsabteilungen mit dem Ziele eines engeren Zusammenwirkens in allen wichtigeren politischen Tagesfragen beschlossen. Ein weiterer Ausschuß, der sich gleichfalls aus Beauftragten der drei Landesparteien zusammensetzen wird, soll sich mit dem Problem der Angliederung von Saarberg an das deutsche Bodenbesatzgebiet befassen.

Die große Delegiertenversammlung am Nachmittag wurde im Namen der Friedrichshafener Demokraten durch Stadtverordneter Schmieb mit warmen patriotischen Worten begrüßt. Dann nahm der Vorsitzende der demokratischen Fraktion im bayerischen Landtag, Abg. Dr. Dier, das Wort zu dem Thema: "Die demokratischen Demokraten und der Reichsbesatzung."

Das Fundament, das wir heute gegenüber dem roten Terror stellen haben — so führte der Redner aus —, ist der größte Feind der Demokratie der demokratischen Staatsidee. Man müsse der Stuttgarter Regierung wünschen, daß sie sich nicht erweile gegenüber den Anschlägen auf die Autorität des Reiches; das Vorkommen und Revolutionieren müsse endlich ein Ende haben und dem Reichsstaatsverfall

